

Zürich, 19. Oktober 2020

KR-Nr. 379/2020

ANFRAGE von Anne-Claude Hensch Frei (AL, Zürich) und Melanie Berner (AL, Zürich)
betreffend Zürcher Verstrickungen in den Sklavenhandel und Wiedergutmachung

Der am 27. September 2020 der Öffentlichkeit vorgestellte Bericht «Die Beteiligung der Stadt Zürich sowie der Zürcherinnen und Zürcher an Sklaverei und Sklavenhandel vom 17. bis zum 19. Jahrhundert» (Brennard, Schubert, Zürcher) zuhanden des Präsidentsdepartements der Stadt Zürich belegt materialreich sowie theoretisch und methodologisch fundiert jenseits aller Zweifel, dass ein Teil des Wohlstandes von Stadt und Landschaft Zürich auf einem Verbrechen gegen die Menschheit fusst. Über die Beteiligung der Stadt (Aktien der South Sea Company, sklavereirelevante Aktivitäten der halbstaatlichen Zinskommission Leu & Cie) hinaus waren durch die ökonomischen und militärischen Engagements von Zürcherinnen und Zürchern der gesamte Wirtschafts-, Kultur- und Gesellschaftsraum an den Profiten aus dem transatlantischen System beteiligt

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Inwiefern hat sich der Regierungsrat bereits mit dieser Studie, welche auch den Kanton Zürich betrifft, auseinandergesetzt und wurden allfällige Schlussfolgerungen daraus gezogen? Falls ja, welche?
2. Fühlt sich der Regierungsrat auf Grund des Berichtes verpflichtet, tätig zu werden? Falls nein, warum nicht?
3. Was wird der Regierungsrat in Bezug auf die Involvierung Zürichs in den internationalen Sklavenhandel unternehmen?
4. In jüngster Zeit nimmt in den USA und in Europa die Bereitschaft zu Reparationen für Sklaverei auf der substaatlichen Ebene zu (siehe Georgetown University, Princeton Theological Seminary, Asheville NC, Evanston IL, Glasgow University, Royal Bank of Scotland, Bank of England, Lloyd's of London, Brauerei Greene King). Ist der Regierungsrat bereit, eine materielle Wiedergutmachung durch den Kanton Zürich prüfen? Falls nein, weshalb nicht?
5. Am 17. Juni 2019 hat die CARICOM Reparations Commission unter der Leitung des renommierten barbadischen Historikers Sir Hilary Beckles (University of the West Indies, Jamaica) den Staats- und Regierungschefs der Karibischen Gemeinschaft empfohlen, die Schweiz auf die Liste der europäischen Länder zu nehmen, an die Reparationsforderungen für die Schäden der Sklaverei zu richten sind. Sollte dereinst eine Reparationsforderung an den Schweizer Staat gerichtet werden, ist der Regierungsrat bereit, im Hinblick auf einen fairen und offenen Dialog mit den Nachkommen der Opfer mit den stadtzürcherischen und den Bundesbehörden zusammenzuarbeiten? Falls nein, weshalb nicht?

Anne-Claude Hensch Frei
Melanie Berner